



Nr. 50. **Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.** **92. Jahrgang.**

Verkaufspreis: In der Stadt Calw 1.50, in der Umgegend 1.25, in der Provinz 1.00, in der Fremde 1.25. Postzuschlag 10%. Einzelhefte 10 Pf. Anzeigenpreis: In der Stadt Calw für die erste Spalte 10 Pf., in der Umgegend 8 Pf., in der Provinz 6 Pf., in der Fremde 8 Pf. Sonstige Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Druck- und Verlagsanstalt: Calw, Hauptstraße 10. Telefon 111. **Donnerstag, den 1. März 1917.** Bezugspreis: In der Stadt Calw 1.50, in der Umgegend 1.25, in der Provinz 1.00, in der Fremde 1.25. Postzuschlag 10%. Einzelhefte 10 Pf. Anzeigenpreis: In der Stadt Calw für die erste Spalte 10 Pf., in der Umgegend 8 Pf., in der Provinz 6 Pf., in der Fremde 8 Pf. Sonstige Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Druck- und Verlagsanstalt: Calw, Hauptstraße 10. Telefon 111.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verfügung des Ministeriums des Innern, betreffend eine Erhebung der Vorräte an Kartoffeln am 1. März 1917 (Staatsanzeiger Nr. 37.)

Laut Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 2. d. Mts., Reichs-Gesetzbl. S. 94, hat am 1. März 1917 eine Aufnahme der Vorräte an Kartoffeln stattzufinden.

Zur Ausführung dieser Erhebung wird folgendes verfügt:

§ 1. Wer mit Beginn des 1. März 1917 Kartoffeln in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, sie dem Ortsvorsteher — oder der von ihm bezeichneten Stelle oder dem Zähler (§ 6) — in derjenigen Gemeinde anzuzeigen, in deren Bezirk die Vorräte lagern. Anzeigepflichtig sind hienach nicht nur alle landwirtschaftlichen Betriebe, welche Kartoffeln erzeugen, ferner alle gewerblichen Betriebe, welche Kartoffeln verarbeiten und alle Handelsbetriebe, welche mit Kartoffeln handeln, sondern auch alle diejenigen sonstigen Personen (Privat-Haushaltungen), welche Kartoffelvorräte haben.

Vorräte im Gewahrsam von Gemeinden oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbänden sind gleichfalls anzuzeigen.

§ 2. Vorräte, die in fremden Speichern, Kellern, Schiffsräumen und dergleichen lagern, sind vorbehaltlich der Vorschrift in nachstehendem Absatz, vom Verfügungsberechtigten anzuzeigen, auch dann, wenn er die Vorräte nicht unter eigenem Verschlusse hat.

Vorräte, die sich mit dem Beginn des 1. März 1917 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfang anzuzeigen.

§ 3. Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf Vorräte, die im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaates oder Elsaß-Lothringens, insbesondere einer Heeresverwaltung oder der Marineverwaltung stehen.

§ 4. Die vorhandenen Vorräte sind nach Zentnern und Pfund anzugeben.

Vorräte, die zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt sind, sind nur anzugeben, wenn sie 20 Pfund übersteigen; in diesem Fall ist der ganze Vorrat anzugeben.

§ 5. Die Erhebung erfolgt gemeindeweise; ihre Ausführung liegt den Ortsvorstehern ob.

§ 6. Die Erhebung ist in den ländlichen Gemeinden, d. h. in allen Gemeinden von weniger als 2000 Einwohnern in Verbindung mit der Viehzählung am 1. März 1917 durch Ortsliste in der Weise vorzunehmen, daß der Zähler, der den Viehbestand ermittelt, zugleich auch die Kartoffelvorräte und die übrigen in der Ortsliste für die Kartoffelaufnahme enthaltenen Angaben erfragt, und zwar

sowohl in den viehbesitzenden als in allen anderen Haushaltungen. In allen anderen Gemeinden, d. h. in den Gemeinden von 2000 und mehr Einwohnern, erfolgt die Aufnahme entweder ebenfalls durch Zähler mittelst Ortsliste in Verbindung mit der Viehzählung, oder unter Verwendung von Anzeigeformularen, welche von dem Ortsvorsteher an sämtliche für die Aufnahme in Betracht kommenden Haushaltungen und Betriebe abzugeben, von den Anzeigepflichtigen unter Beachtung der dem Anzeigeformular aufgedruckten Anleitung auszufüllen und mit der Bescheinigung der Richtigkeit der Angaben versehen, an den Ortsvorsteher oder an die von ihm bezeichnete Stelle spätestens am 2. März 1917 einzusenden sind, sofern die ausgefüllten Anzeigeformulare bis dahin nicht abgeholt worden sind.

Sofern die Aufnahme durch Ortsliste erfolgt, hat der Zähler das Ergebnis der Aufnahme durch den Haushaltungsvorstand oder seinen Stellvertreter unter schriftlich in der hierfür vorgesehenen Spalte bescheinigen zu lassen.

§ 7. Der Ortsvorsteher hat, falls die Aufnahme durch Anzeigeformulare erfolgt, die ausgefüllten Anzeigen in dem Ortslistenformular zusammenzustellen.

In die Ortsliste sind auch die dem Ortsvorsteher zugewiesenen Vorräte (§ 2 Abs. 2) sowie die im Eigentum der Gemeinde befindlichen Vorratsmengen (§ 1 Abs. 2) aufzunehmen.

Endlich hat der Ortsvorsteher das Gesamtergebnis in der Ortsliste zusammenzustellen und dem Oberamt im Laufe des 4. März 1917 telephonisch oder telegraphisch mitzuteilen.

Sollten nach Abschluß und Absendung der Ortsliste bei dem Ortsvorsteher noch Anzeigen über Vorräte, welche am 1. März 1917 unterwegs gewesen sind, eintreffen, so sind diese Anzeigen unverzüglich an das Oberamt einzusenden.

§ 10. Die Ortsvorsteher, sowie die von der Reichskartoffelstelle, der Landeskartoffelstelle oder von dem Oberamt beauftragten Beamten sind beauftragt, zur Ermittlung richtiger Angaben Vorrats- oder Betriebsräume oder sonstige Aufbewahrungsorte, wo Kartoffelvorräte zu vermuten sind, zu durchsuchen und die Bücher und Geschäftspapiere der zur Anzeige Verpflichteten einzusehen.

Vorstehende Verfügung wird hienach zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

§ 10 der oben erwähnten Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers bestimmt:

Wer vorzüglich die Angaben, zu denen er verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erstattet oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder der Vorschrift im § 8 zuwider die Durchsuchung oder die Einsicht der Geschäftspapiere oder Bücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre

und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können Vorräte, die verschwiegen worden sind, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Anmeldepflichtigen gehören oder nicht.

Wer jahrlässig die Angaben, zu denen er verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erstattet oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

Den Herren Ortsvorstehern wird die pünktliche Einhaltung des in § 7 gegebenen Termins — 4. März 1917 — noch besonders eingeschärft.
Calw, den 16. Februar 1917.
A. Oberamt: Binder.

Erhebung der Kartoffelvorräte am 1. März 1917.
Die Verwaltungsabteilung der W. Landes-Kartoffelstelle gibt folgendes bekannt:

„Die der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 2. Februar 1917 über eine Erhebung der Kartoffelvorräte (RGBl. S. 94) beigegebenen Muster enthalten u. a. Anfragen über die für den Wirtschaftsbetrieb des Anzeigepflichtigen erforderlichen Saatgutmenge, die Anbaufläche und die Kartoffelsorten vom Jahre 1916. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird hiezu bemerkt, daß von beratigen Erhebungen (ebenso wie von den weiteren Anfragen über das letztjährige Ernteergebnis und die Aufbewahrung der noch vorhandenen Vorräte in Mieten und Kellern) in den württembergischen Vordruden im Interesse der Geschäftsvereinfachung mit Absicht Abstand genommen worden ist.“
Calw, den 26. Febr. 1917.
A. Oberamt: Binder.

Die den Schultheißenämtern mit heutiger Post zugehenden Vordrucke zu.

Anzeige über die im Monat Februar 1917 erteilten Kleiderbezugscheine
sind umgehend auszufüllen und bis spätestens 5. März 1917 wieder hierher vorzulegen.
Calw, den 28. Februar 1917.
A. Oberamt: Binder.

Betrieb der Gast-, Speise-, Schank- und Kaffeewirtschaften, sowie der Theater usw.

Die Bekanntmachung des Stellv. Generalkommandos vom 5. ds. Mts., betr. Beschränkung des Theater- und Wirtschaftsbetriebs, die durch Bekanntmachung vom 14. ds. Mts. schon bezüglich der Theater abgeändert worden ist, wurde durch weitere Bekanntmachung vom 23. ds. Mts. mit Wirkung vom Sonntag, 25. ds. Mts. an aufgehoben.

Es dürfen demnach die genannten Betriebe ihren Betrieb unbeschränkt wieder aufnehmen; dagegen wird die durch Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 11. Dez. 1916 (RGBl. S. 1355) auf 10 Uhr nachts festgesetzte Polizeistunde nicht berührt.
Calw, den 26. Febr. 1917.
A. Oberamt: Binder.

Zum verschärften U-Boottkrieg.

Deutschland oder England! So überschreibt der bayrische Kriegsminister Generalleutnant von Selingrath einen Artikel, in dem er darauf verweist, daß wir in dem neuen Abschnitt des großen Krieges, nachdem wir überall weit im feindlichen Gebiet vorgebrungen sind, und unsere kontinentalen Gegner geschlagen haben, mit England abrechnen müssen, das die ganze schwere Schuld an diesem Kriege trage. Englands einziges Ziel sei auf die Vernichtung Deutschlands gerichtet; seine Mißgunst verfolge uns schon seit Entstehung des Deutschen Reiches. Daß wir nach Ueberwindung der inneren Zerrissenheit und weltfremder Kleinbürgerei, durch die wir bei Verteilung der Welt die Zeit versäumt hatten, vermöge freudiger und zäher Arbeitslust

den deutschen Handel zu blühender Entwicklung brachten, die Leistungen des Ausland auf technischem Gebiet übertrafen, das war in Englands Augen das große Unrecht, das sich Deutschland zuschulden kommen ließ. England war vor die Wahl gestellt worden, entweder mehr zu arbeiten oder sich seines geschäftlichen Wettbewerbers in anderer Weise zu entledigen. Die englische Geschichte bot Möglichkeiten zu letzterem Weg genug. Die englische Einreisungspolitik des letzten Jahrzehnts vor dem Krieg ist ja genügend bekannt. Der Krieg sollte dem perfiden Albion ebenfalls als gutes Geschäft dienen, so meinten die englischen Staatsmänner noch bei Ausbruch des Kriegs und schämten sich auch nicht, diese Anschauung offen zum Ausdruck zu bringen. Wenn solche gemeine Gefinnung von deutscher Seite ausgesprochen worden wäre, was hätte die Welt da gesagt!

Aber heute denkt man in England ganz anders. Unsere Seeere haben den Engländern gezeigt, daß es noch andere Gefühle gibt als niedrigen Gewinngeist. Während sie glaubten, mit der ihnen als unüberwindlich erscheinenden Flotte genügend für den Krieg zu tun, und sich nur auf die einträglichen Kriegsmateriallieferungen für die Bundesgenossen werfen zu dürfen, zwang sie der Geist und die Kraft des deutschen Volksheroes nach und nach zu immer größeren persönlichen Anstrengungen, bis sie jetzt auf demselben Punkte angelangt sind, wie wir, daß sie nämlich alle Kräfte heranzuführen müssen, denn man hat jetzt in England eingesehen, daß es ernst wird mit dem Krieg, und daß es nicht mehr reicht, wenn England andere für sich bluten läßt. England hätte einen Frieden haben können, der sein Ansehen nicht allzusehr geschädigt hätte, aber die Beantwortung des

deutschen Friedensangebots hat gezeigt daß England es vor allem ist, das keinen Frieden ohne Deutschlands Untergang will. Deshalb kann es auch heute für uns keine andere Parole mehr geben als die vom bayrischen Kriegsminister aufgestellte: Deutschland oder England!

Der uneingeschränkte U-Bootkrieg ist uns als Abwehrmittel in dem herausgeforderten Kampf um Sein oder Nichtsein direkt aufgezwungen worden. Wir wußten, daß wir uns durch diese Maßnahme Amerika als neuen offenen Gegner auf den Hals ziehen würden, was von England bekanntlich schon lange betrieben wurde. Unser Verhältnis zu Amerika war seit Gründung der großen Republik stets ein herzliches gewesen, war doch Friedrich der Große der erste Herrscher, der die Vereinigten Staaten als selbständiges Staatswesen nach ihrer Unabhängigkeitserklärung von — England anerkannte, und wir haben bis auf den heutigen Tag keine politischen Gegensätze zwischen Deutschland und Amerika festgestellt können, was auch gestern der Staatssekretär des Aueßern, Dr. Zimmermann, im Reichstag wieder zum Ausdruck brachte. Er wies auch darauf hin, daß die beiden Staaten wirtschaftlich mehr oder weniger aufeinander angewiesen seien, ja man könne sagen, daß sie wirtschaftlich eigentlich Bundesgenossen sein sollten. Aus diesem Grunde habe man die Anregung des schweizerischen Gesandten in Washington begrüßt, der nach dem Abbruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen durch Vermittlung des Schweizer Bundesrats der deutschen Regierung mitteilen ließ, in Amerika sei der Wunsch vorhanden, den Krieg zu vermeiden, falls die deutsche Regierung Geneigtheit zeigen würde, über die Blockade mit der Union zu verhandeln. Es ist offensichtlich, daß der Schweizer Gesandte nicht von sich aus diese Anregung geben konnte, sondern daß sie von der amerikanischen Regierung — direkt oder indirekt — ausgegangen sein mußte. Es ist weiterhin aus politischen Erwägungen heraus selbstverständlich, daß die deutsche Regierung die Anregung nicht verwarf. Das hat sie nach den Erklärungen des Staatssekretärs des Aueßern auch nicht getan, sondern sich gerne bereit erklärt in Verhandlungen einzutreten, selbstverständlich erst nach Wiederherstellung der Beziehungen, aber nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß durch ein Entgegenkommen von deutscher Seite der U-Bootkrieg auf keinen Fall irgend wie eingeschränkt werden dürfe. Die Handelsperre gegen unsere Feinde sei man unter allen Umständen aufrechtzuerhalten entschlossen. Das sei auch bezüglich der Verhandlungen mit Dänemark festzustellen. Deutschland bedaure, daß dadurch die Neutralen in Schwierigkeiten kommen, aber ein Jurist könne es nicht mehr geben. Unter diesen Umständen ist natürlich an eine Verständigung mit Amerika, das doch nur England vor der Niederlage retten will, nicht zu denken. Und es wird schon so sein, daß Wilson, der sich durch sein Wahlschlagnwort „Frieden und Wohlfahrt“ den Präsidentenposten erheuchelt hat, nur auf den Augenblick warten will, wo er durch eine „offene Tat“ von deutscher Seite „herausgefordert“ wird, seine Maßnahmen zur „Verteidigung“ der amerikanischen Bürger zu ergreifen.

Ein neutrales Urteil zur Kanzlerrede.

(W.B.) Haag, 1. März. Der „Nieuwe Courant“ schreibt über die Red des deutschen Reichskanzlers: In seiner Antwort an Amerika hat der Reichskanzler einen starken Stand. Es ist unbestreitbar, daß zwischen der Haltung Amerikas gegenüber dem durch die Entente verübten Unrecht und dem durch die Mittelmächte verübten ein starker Unterschied besteht. Ebenso wie Amerikas energisches Auftreten gegen die Unterseebootstürme dieses Abend monatelang hinausgeschoben hat, würde auch ein kräftiges Auftreten gegen das britische Unrecht an den Neutralen viel Erniedrigung erspart haben und Wilsons Aufforderung an die Neutralen, seinem Vorbild zu folgen, würde eine viel stärkere Stütze gehabt haben, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten gegen jedes den Neutralen gegenüber verübte Unrecht Stellung genommen hätte. Amerika ist es nicht nur nicht gelungen, England in die Grenzen des Rechts zu zwingen, sondern es hat auch bei den Neutralen nicht den Eindruck erweckt, daß es ernsthafte Versuche in dieser Richtung unternommen hat.

Erkenntnis der englischen Schwindeltaktik.

Stockholm, 26. Febr. Ein hier durch die englische Gesandtschaft verbreitetes amtliches Telegramm aus London vom 24. d. Mts., das den deutschen Tauchbootkrieg als vollständiges Fiasko bezeichnet, und die Keeser auffordert, den Nordseeverkehr wieder aufzunehmen, erregt allgemeine Verwunderung. „Stockholms Dagblatt“ schreibt: Diejenigen, an die der zweifelhafte Rat der englischen Gesandtschaft gerichtet ist, werden jedenfalls jetzt wie bisher ihre Handlungsweise nur nach schwedischen, rein praktischen Gesichtspunkten einrichten, einerlei, was die Gesandtschaft für gut hält, über die Auffassung in England mitzuteilen. Gegenwärtig bedeutet die Tonnage Weltgeschichte. Vor dem Hintergrund der Wirklichkeit, die sich in den Meldungen jeder Stunde spiegelt, nimmt sich die englische Mitteilung mit ihren auf die Verurteilung der Neutralen gemünzten Vorschlägen aus, wie jene Reutersmeldung

vom 5. Dezember, die bei dem Abgang des Kabinetts Asquith nur von der auffallend munteren Stimmung im Unterhause zu erzählen wußte. Die leitenden Männer Englands suchen gegenwärtig dem englischen Volk eine ganz andere Auffassung von der Bedeutung des Tauchbootkrieges einzuprägen, als sie für die neutralen Länder und Keeser geeignet ist. Man muß sich umso mehr wundern, wie jetzt ein derartiger Versuch der Schönfärberei an verantwortlicher Stelle gutgeheißen werden konnte. Jedenfalls wird dadurch nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielt. Die Effektivität der Seesperre geht nicht nur aus den neuesten Maßnahmen der engl. Regierung und der Höhe der versenkten Tonnage hervor. Auch die letzten Nachrichten aus Holland, sowie die Äußerungen norwegischer Blätter, die die englischen Restriktionen als die beste Förderung des Zweckes des deutschen Tauchbootkrieges bezeichnen, legen Zeugnis dafür ab.

England und die Einstellung der neutralen Schifffahrt.

(W.B.) London, 1. März. (Reuter. — Unterhaus.) Der Abgeordnete Young fragte, ob mehrere neutrale Schifffahrtslinien, die zwischen Skandinavien und England und zwischen Holland und England zu fahren pflegten, ihre Fahrten eingestellt hätten und ob es britischen Linien freistehe, an Stelle dieser neutralen Linien Schiffe auslaufen zu lassen, ferner, ob, wenn sie das täten, sie von der britischen Regierung jetzt und nach dem Kriege unterstützt würden. Der Unterstaatssekretär des Handelsamts, George Robert, antwortete, einige neutrale Linien hätten ihren Dienst eingestellt und wenn das fortanere, werde es notwendig sein, zu überlegen, was im Interesse des Landes am besten zu tun sei.

Neutrale Beurteilung des U-Bootkriegs.

Berlin, 1. März. Unter der Überschrift „Dämmernde Einsicht“ berichtet der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Rotterdam: „Nieuwe Statesman“ erklärt, es sei durchaus keine törichte Erwartung Deutschlands, daß es England durch Abschneidung der Zufuhr zwingen wolle, über den Frieden zu verhandeln, denn wenn die Zerstörung von Schiffen in dem Maße wie in den ersten Wochen anhalte, würden die Alliierten entschieden schon in den nächsten Monaten vollständig gewinnen oder Frieden schließen müssen. Der „Nieuwe Statesman“ sagt: Wir werden keinen Winter mehr abwarten und die deutsche Regierung hat daher das Mittel des Unterseebootkrieges das ihr eine günstige Aussicht bietet, mit Recht benützt. Es sei überhaupt schwer, zu sagen, welche andere Politik die deutsche Regierung hätte wählen können.

Gewagte Unternehmungen der dänischen Keeser.

Kopenhagen, 28. Febr. „Nationaltidende“ meldet: Die seit einiger Zeit über die Wiederaufnahme der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach England geführten Verhandlungen sind gestern mit dem Ergebnis abgeschlossen worden, daß die Ausfuhrschiffe wieder abgehen werden. Gestern sind die ersten drei Dampfer nach Norwegen abgefahren. Am Freitag gehen Dampfer von hier direkt nach Aberdeen ab. Mit der Anmusterung der Schiffsbesatzungen ist gestern nachmittag unmittelbar nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den Keesern und den Seelenten begonnen worden. Der Streik der Schiffsbesatzungen ist damit beendet.

Zur Haltung Amerikas.

(W.B.) Rotterdam, 28. Febr. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet der „Manchester Guardian“ aus London, daß man in bestunterrichteten amerikanischen Kreisen geneigt sei anzunehmen, der „Laconia“-Fall werde Wilson nicht in die Lage versetzen, die gesamte öffentliche Meinung in Amerika hinter sich zu haben, da es sich um kein amerikanisches, sondern um ein englisches Schiff handle.

(W.B.) Washington, 28. Febr. Reuter meldet: Präsident Wilson und das Staatsdepartement stehen auf dem Standpunkt, daß in der Angelegenheit der Torpedierung der „Laconia“ keine weiteren Schritte getan werden sollen, bis der Kongreß Gelegenheit gehabt hat, den Präsidenten zur Bewaffnung der Handelschiffe zu ermächtigen. Das Kabinett hat besonders darauf hingewiesen, daß ein Vorschlag, die Bewaffnung von Schiffen, die Munition transportieren, nicht zu gestatten, unerwünscht sein würde, da die Schiffe nach dem Völkerrecht derartige Ladungen führen dürfen.

(W.B.) Washington, 28. Febr. Holländisches Nieuwe Bureau meldet: Nach der Rede des Präsidenten Wilson haben die republikanischen Führer zu erkennen gegeben, daß sie noch immer gegen die Übertragung der Vollmachten sind, die der Präsident verlangt.

Rekrutenwerbung in Amerika.

Berlin, 1. März. Ueber erfolglose Werbearbeit für Amerikas Wehrmacht heißt es in der „Bosßischen Zeitung“: Der spanische Dampfer „Monferrat“ lief aus Newport in Cardiff ein. Die Passagiere teilten mit, daß in Nordamerika viele Leute für das Landheer und die Marine angeworben werden mit denselben markt-schreierischen Mitteln, wie sie in England üblich sind. Der Erfolg war jedoch bis zur Abreise des Dampfers gering. Die Arbeiter treten lieber in Munitionsfabriken ein, wo sie hohe Löhne bekommen. Schwarze, die dienen wollen, erhalten monatlich 80 Dollar. Die aktive Besatzung der Flotte ist spärlich, so daß die Bemannung

des neuen Panzerschiffes „Pennsylvania“ nur mühsam zusammengebracht werden konnte.

Die Torpedierung der „Laconia“ ein „Fall“.

(W.B.) London, 28. Febr. Reuter meldet: Die Cunard-Linie teilt amtlich mit, daß 3 Personen der „Laconia“ tot sind und 3 vermißt werden. Ferner werden 6 Mann der Besatzung vermißt, 6 sind im Krankenhaus.

(W.B.) Newyork, 28. Febr. Reuter meldet: Ein Telegramm der „Associated Press“ aus Washington besagt, daß eine amtliche Depesche die Berichte über den Tod von Amerikanern auf der „Laconia“ bestätigt und erklärt, dies und die Tatsache, daß der Passagierdampfer ohne Warnung torpediert worden sei, stelle eine offenkundige Tat (overt fact) dar. In diesem amtlichen Bericht wird die Versenkung der „Laconia“ als ein neuer „Lusitania“-Fall angesehen, selbst wenn weniger Menschenleben verloren gegangen seien.

(W.B.) Amsterdam, 1. März. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus London, daß bei der Torpedierung der „Laconia“ außer den zwei Amerikanerinnen noch zwei amerikanische Neger umgekommen sind.

(W.B.) Berlin, 1. März. Außer den Geretteten der „Laconia“ trafen laut „Berliner Tageblatt“ in Queenstown auch mehrere Passagiere eines anderen versenkten englischen Postdampfers ein, dessen Namen nicht bekannt gegeben wird.

Wie der englische Aker bestellt werden soll.

(W.B.) Amsterdam, 28. Febr. In England versucht man in erster Stunde die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen. Der Generaldirektor für die Erzeugung von Lebensmitteln empfiehlt nach einem Telegramm des „Algemeen Handelsblad“ aus London folgende Maßregeln: 1. an allen sieben Tagen der Woche zu arbeiten; 2. die Sonntagsarbeit in den Kirchen von der Kanzel anzuordnen; 3. Tag und Nacht zu pflügen; 4. die gelehrten Arbeiter nicht zum Zivildienst einzuberufen; 5. bürgerliche und Militärgesangene zur Landarbeit zu verwenden und auch die zur Landesverteidigung bestimmten Truppen jeweils dazu heranzuziehen; 6. die Rekrutierung von Frauen für die Landarbeit; 7. die kleinen Landwirte zu unterstützen. Der Generaldirektor für die Lebensmittelversorgung erklärte, daß nur mehr über 6 Wochen übrig sind, um das Land für die heurige Ernte zu bestellen. Mit der Sonntagsarbeit würde man eine volle Woche gewinnen. Es sollen überall Motorpflüge eingestellt werden, die nach Einbruch der Dunkelheit beim Licht von Akkumulatorlampen weiterarbeiten.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

Andauernde Erkundungskämpfe an der Westfront. Ein gelungenere Vorstoß in den südlichen Wablarpathen.

(W.B.) Großes Hauptquartier, 28. Febr. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Englische Erkundungsvorstöße gegen einige Stellen der Misonfront wurden abgewiesen. Im Ancregebiet verliefen Infanteriegefechte im Vorfeld unserer Stellungen nach Abßißt der Führung. Westlich von Bailly, an der Mison, wurde eine unserer Schlupfgründungen von den Franzosen überrumpelt, durch Gegenstoß kam die Postenstellung und die bereits gefangene Besatzung wieder in unsere Hand. Auf dem linken Maasufer scheiterten französische Teilangriffe, die nach starkem Feuer nachts gegen unsere Gräben nordöstlich von Avocourt vortrugen. Westlich von Marck (Vogesen) schlugen Unternehmungen von 4 französischen Aufklärungsabteilungen fehl.

Westlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Die Lage ist unverändert.

Front des Generalfeldmarschalls Erzherzog Josef: Weiderseits der Waleputnastraße im südlichen Teile der Wablarpathen brachte ein gut vorbereiteter, sorgfältig durchgeführter Angriff unsere Truppen in den Besitz mehrerer russischer Höhenstellungen. 12 Offiziere, über 1300 Mann wurden gefangen, 11 Maschinengewehre, 9 Minenwerfer erbeutet. Die genommenen Linien wurden gegen mehrere nützliche Angriffe gehalten. Ein südlich der Straße gelegener Stützpunkt der Russen ist nach Zerstörung seiner Anlagen wegen für uns ungünstiger Lage ohne feindliche Einwirkung wieder geräumt worden.

Front des Generalfeldmarschalls von Maden: Nichts Neues.

Mazedonische Front: Im Cernabogen griffen die Italiener die von uns am 12. Februar genommenen Höhenstellungen östlich von Paralowo nach ausgiebiger Feuernvorbereitung mit starken Kräften an. Die Angriffe brachen verlustreich zusammen. Kein subbreit Boden ging uns verloren.

Der erste Generalquartiermeister: Rudeendorff

Englische Angriffe an der Somme.

(W.B.) Berlin, 28. Febr. Abends. Amtlich wird mitgeteilt: Auf dem Nordufer der Somme griffen die Engländer zwischen Le Transloy

und Salky an. Sie sind abgewiesen worden. An zwei Stellen unseres vordersten Grabens wird noch gekämpft. Im Osten keine größeren Gefechtsabhandlungen.

Im Osten und im Cerna-Bogen.
Die Vorgänge an der Ostfront stehen bei nachlassender Kälte im Zeichen der Vorbereitungen der großen Operationen für Frühjahr und Sommer. Die Versuche der Russen, durch blutige Massentürme am Tartarenpaß am 23. und 24. Februar einen eventuellen späteren Einbruch nach Ungarn vorzubereiten, blieben erfolglos. Sie wurden bisher nicht wieder aufgenommen. Dagegen brachten deutsche Vorstöße an der Balesputnastraße neue Gewinne, welche die bisherigen Erfolge bei Westecanesti planmäßig weiter ausbauten. Auf der Höhe südlich der Straße wurden die für die deutschen Linien unbedeutenden feindlichen Anlagen zerstört und die Unterstände gesprengt. Die Höhen nördlich der Straße wurden für die dauernde Besetzung eingerichtet und an das deutsche Grabensystem angegliedert. Die Größe des Erfolgs geht — abgesehen von einem hohen taktischen Wert der eroberten Höhen — schon aus den im Heeresbericht gemeldeten erheblichen Beutezahlen hervor. Am 27. Februar versuchten die Italiener neuerdings, die Höhe 1050 im Cerna-Bogen zu nehmen, gegen die sie bereits verschiedentlich angegriffen sind und deren Eroberung die italienische Presse bereits mehrmals unter bombastischem Ruhmesgerede verkündete. Nach starkem, mittags einsetzendem Artilleriefeuer gingen dicke Schwärme in 2 Kilometer Breite gegen die Bergkuppe und die anschließenden Höhen vor. Wo die Stürmenden bis an die Gräben kamen, wurden sie mit Handgranaten blutig abgewiesen. Nur in einem kleinen Grabensüßel vermochten sie einzudringen. Ein sofortiger Gegenstoß warf sie jedoch wieder hinaus. Das Verfolgungsfeuer, in das die Itzenden gerieten, verdoppelte die Verluste der Angreifer. Die gesamte Stellung blieb restlos in deutschem Besitz.

Der englische Bericht aus Mesopotamien.
(W.B.) London, 1. März. (Amtlicher Bericht aus Mesopotamien.) Auch den ganzen Montag waren wir dem Feind hart auf den Fersen. Unsere vorgeschobenen Truppen verwickelten ihn nachmittags an einem Punkt am linken Ufer des Tigris, der 30 Meilen west-nordwestlich von Kut liegt, von drei Seiten in eine Gefechtslinie. Der Feind ließ eine Menge Waffen und Ausrüstungsgegenstände zurück und warf vier Haubitzen in den Fluß. Wir eroberten das Kanonenboot „Fischer“ zurück, das wir beim Rückzug von Kiosiphon verloren hatten, erbeuteten ein türkisches Schiff und zerstörten ein anderes. Am Sonntag machten wir 360 Gefangene, am Montag 161.

Vor unsern Feinden.

Die allgemeine Wehrpflicht für das britische Imperium.
Berlin, 1. März. Aus Bern wird dem „Berliner Tageblatt“ berichtet: Wie man aus englischer Quelle vernimmt, wird in der nächsten Zusammenkunft der Spitzen des britischen Imperiums der Plan einer einheitlichen allgemeinen Wehr- und Landarmee in England und sämtlichen Dominionen mit Einschluß von Kanada und Australien nach dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht vorgelegt werden.

Der englische Frauenhilfsdienst.
(W.B.) London, 23. Febr. (Holländisches Neuwes-Bureau.) Das englische Kriegsamt hat jetzt bekannt gemacht, daß Frauen, die für die Armee in Frankreich angeworben werden sollen, 20 bis 40 Jahre alt sein dürfen. Die Frauen werden für die Dauer eines Jahres Dienst nehmen und als Schreiberinnen, Köchinnen, Wäscherinnen, Aufwärtinnen und Telefonistinnen verwendet werden.

Die Ententeaufsicht über die russische Regierung.
Stockholm, 28. Febr. „Rustaja Wolja“ weist auf einen neuen Konflikt zwischen den Mitgliedern der Entente-Delegation und der russischen Regierung hin. Sie berichtet: Die Mitglieder der Delegation suchten in corpore ein hervorragendes Mitglied des russischen Ministerrats auf (gemeint ist Protopopow). Sie erklärten ihm die in den verbündeten Ländern gegenwärtig herrschende Stimmung, die von der Kriegsauffassung der russischen Regierungskreise wesentlich verschieden ist. Gleichzeitig äußerten sie den Wunsch, an der Duma-

Eröffnung sowie an den ferneren Duma-Sitzungen teilzunehmen, weil sie hier den Wiederklang der eigenen Landesstimmung zu finden hofften. Die Alliierten sprachen weiter die Ueberzeugung aus, daß das Zusammenhalten zwischen den Alliierten wesentlich gefördert werde, falls die russische Regierung sich zu einem energischen Zusammenarbeiten mit der Duma entschließen könnte. Protopopow erklärte darauf, das Verhältnis der Duma zu der Regierung werde ausschließlich von innerpolitischen Gesichtspunkten beeinflusst. Wenn Rußland sich von äußeren Einflüssen bestimmen ließe, würde jede Sicherheit der Verfassung und des Landes zugrunde gehen.

Zur Stimmung in Rußland.

(W.B.) Berlin, 1. März. Dem „Berliner Lokalanz.“ zufolge wird der „Frankf. Zeitg.“ aus Stockholm gemeldet, daß der Befehlshaber des Petersburger Bezirks, General Gahlow, Petersburg als im Kriegszustand befindlich erklärt und eine besonders an die Arbeiter gerichtete Warnung gegen Kundgebungen erlassen habe. Bei der Eröffnung der Duma war der Oberbefehlshaber ermächtigt, jeden Aufruhr oder Widerstand gegen die Staatsgewalt zu unterdrücken.

Bermischte Nachrichten.

Zum 50jährigen Bestehen der nationalliberalen Partei.

(W.B.) Berlin, 1. März. Die Nationalliberale Partei feierte gestern Abend in der Wandelhalle des Reichstages den Geburtstag ihres 50jährigen Bestehens. Mit Rücksicht auf die ersten Zeitumstände war die Form einer feierlichen Feier gewählt worden, der nur die ehemaligen und die jetzigen Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion beiwohnten. Die Eröffnungsansprache hielt Prinz zu Schönau-Carolath. Er gedachte der treuen Zusammenarbeit der Nationalliberalen Partei mit Bismarck und der Hilfe, die sie unter der Führung Bennigsens dem ersten Reichskanzler bei seinem Einzugswort geleistet habe. Hierauf sprach Abgeordneter Dr. Friedberg über die Geschichte der Partei, wobei er in großen Zügen ihre Entwicklung hervorhob. Nach ihm sprach Abgeordneter Dr. Stresemann über die Zukunftsaufgaben der Nationalliberalen und brachte zum Schluß ein Hoch auf die Zukunft der Nationalliberalen Partei aus. Glückwünschtelegramme waren eingegangen: vom Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, vom Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich, vom Kriegsminister von Stein, vom Minister des Innern von Löbbeck, vom Staatssekretär des Reichsausschusses von Trott zu Solz. Von den Reichstagsfraktionen hatten Glückwünsche gesandt: die Konservativen, das Zentrum, die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei und die Fraktion der Reichspartei. Auch von dem durch Krankheit an der Feier verhindertem Abgeordneten Bassermann war ein in herzlichen Worten gehaltener Glückwunsch eingelaufen.

Zur Lage Griechenlands.

(W.B.) Bern, 1. März. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Athen schreibt das Blatt „Hesperini“, die Kontrolle der Entente über Telegraphen, Polizei, Zoll- und Hafensicherungen sei effektiv geworden. Antommende Lebensmittel werde die Entente direkt zur Verfügung der Bevölkerung halten. England schieße die Entschädigungen an die Benizelisten vor. Die Munitionstransporte nach dem Peloponnes dauerten an. Der Bericht der Ententeinspektoren werde demnächst veröffentlicht werden. Weitere Todesfälle infolge Unterernährung seien gemeldet. Die Advokaten ganz Thraziens hätten einen Protest gegen die Fortsetzung der Blockade eingebracht.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 1. März 1917.

Ein Frühlingssbote.

* Eine alte Bauernregel sagt: „Wie der Februar-Schwanz, so der März ganz“. Eine Bestätigung dieser Regel würde uns allerdings keine schönen Aussichten auf den Monat des Frühlingbeginns eröffnen. Wir erwarten doch als Vorbedingung eines guten Jahres Märztaub und nicht Märzschnee, der doch bekanntlich dem Bauern weh tut. Nun, man hat von überallher schon Zeichen des im Anzug befindlichen Frühling vernommen, das Eintreffen der Sta-

ren wird gemeldet, der ersten Frühlingssboten, und man gewinnt den Eindruck — oder macht das nur das Sehnen des Herzens? —, als ob überhaupt die ganze Vogelwelt von Tag zu Tag froher in die Welt schaue in Erwartung des Frühling, denn es zwitschert und singt doch schon recht eindringlich in der Nähe der Wohnstätten der Luftbevölkerung. Aber erlaubt waren wir doch einigermaßen, als uns heute als neuester Frühlingsskinder ein farbenprächtiger Schmetterling, ein Nachtpfauenauge gebracht wurde, dessen zarte Konstitution doch sicherlich nicht der jetzigen Witterung gewachsen ist. Hoffen wir, daß sein Instinkt zuverlässiger ist als die Berechnungen seiner menschlichen Konkurrenten mit dem schönen Namen Meteorologen.

Neuregelung der Eierverforgung.

Durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern im „Staatsanzeiger“ vom 28. Februar wird die Eierverforgung neu geregelt. Das Wichtigste aus den neuen Bestimmungen ist hierbei folgendes: Die Geflügelhalter haben sämtliche in ihrem Betriebe erzeugten Eier von Hühnern, Gänsen und Enten, die sie nicht in ihrem eigenen Haushalt verwenden, an die Gemeindefamelle abzuliefern. Dies gilt auch von Eiern von solchen Tieren, die der Geflügelhalter in seinem Betriebe ganz oder teilweise auf fremde Kosten füttert, gleichgültig, ob diese Tiere im Eigentum des Geflügelhalters stehen oder nicht. Bruteier dürfen nach den Anordnungen der Landesverforgungsstelle auch an andere Personen oder Stellen als an die Gemeindefamelle abgegeben werden. Gelegentlich Abgabe von Eiern an andere Personen oder Stellen kann vom Oberamt oder dem von diesem ernannten Ortsvorsteher insoweit erlaubt werden, als der Geflügelhalter seine Lieferungsschuldigkeit erfüllt hat. Die Geflügelhalter sind zur Ablieferung einer Mindestmenge von Eiern an die Gemeindefamelle verpflichtet (Lieferungsschuldigkeit). Bei der Berechnung der Lieferungsschuldigkeit bleibt eine Henne auf den Kopf eines jeden Haushaltungsmitglieds außer Anrechnung. Für jede überschüssige Henne sind im Jahre 50 Eier abzuliefern. Die Verteilung der Ablieferungsschuldigkeit auf die einzelnen Monate erfolgt durch die Landesverforgungsstelle. Der Erwerbspreis, den die Sammelstellen den Geflügelhaltern für Hühnererier zu bezahlen haben, beträgt 25 $\frac{1}{2}$ für das Stück. Die Festsetzung des Erwerbspreises für Enten- und Gänseerier bleibt den Kommunalverbänden überlassen. Im Falle des zwangsweisen Vorgehens ist der Erwerbspreis um 5 $\frac{1}{2}$ für das Stück zu ermäßigen. Die Zuschläge zu dem Erwerbspreis bis zum Verbraucher und der Preis für eingeführte Eier werden von der Landesverforgungsstelle festgesetzt. Die Beförderung von Eiern ist auf jedem Wege und auf jede Weise nur auf Grund eines Beförderungsscheins der Landesverforgungsstelle oder eines Ausweises des Oberamts zulässig. Die Verfügung tritt spätestens am 19. März in Kraft.

Einschränkung des Bierverbrauchs.

Eine Bekanntmachung des Generalkommandos bestimmt: „Vom 1. März ab darf in Gasthöfen, Fremdenpensionen, Schank- und Speisewirtschaften, Kaffees, Konditoreien, Bars, Bierkellern, Biergärten, Vereins- und Erfrischungsräumen, Automaten und allen Stätten, wo Getränke öffentlich und gewerbsmäßig verabreicht werden, Bier an Dritte nur mehr in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 2 Uhr nachmittags und zwar nur bei gleichzeitiger Verabreichung von Speisen, die nicht ausschließlich in Brot oder anderem Gebäck bestehen, sowie unbeschränkt in der Zeit zwischen abends 6 Uhr bis zum Eintritt der Polizeistunde verabreicht werden.“ Vergünstigungen gelten nur für körperlich arbeitende Personen, für Reisende und für Flaschenberggeschäfte. — Die Ortspolizeibehörden können die Ausschankzeiten weiter einschränken. In Ausflugsorten kann den Wirten Sonntags die Abgabe von Bier in der Zeit nachmittags 5 Uhr ab gestattet werden. — Eine weitere Bekanntmachung betrifft die Beschlagnahme und Enteisung von Biervorräten, Gerste, Malz und Kontingentsrechten zur Sicherstellung der Bierlieferungen für den Bedarf der Truppen, der im Betriebe der Kgl. Staatseisenbahnen und der Rüstungsindustrie beschäftigten Personen.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Selmann, Calw Druck u. Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei Calw

Stadtschultheißenamt Calw.
§ 3 der Bekanntmachung der K. Zentralstelle für Gewerbe und Handel betr. die
Ordnung des Melbewesens und der Arbeitsvermittlung für den vaterländischen Hilfsdienst
vom 13. Februar 1917 Nr. 6535 wurde hier eine
Hilfsdienst-Meldestelle
errichtet, welche laut oberamtlicher Bekanntmachung vom 22. Februar 1917 (Calwer Tagblatt Nr. 48) sämtliche Gemeinden des Bezirks zugewiesen sind.
Die Meldestelle ist im Rathaus Zimmer Nr. 15, 3. Stock untergeordnet und zunächst
Dienstags, vormittags 9—12 Uhr und Freitags, nachmittags 2—6 Uhr

zur mündlichen Meldung und Auskunftserteilung geöffnet. Bei schriftlichen Meldungen sind die von den Schult-eigenämtern oder der Meldestelle erhältlichen Meldebücher zu benutzen. Die Geschäfte der Meldestelle werden durch Herrn Kaufmann Deyle hier besorgt.
Hilfsdienstpflichtig sind alle männlichen Personen zwischen 17 und 60 Jahren, soweit sie nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht herangezogen sind.
Der Hilfsdienst, der zunächst freiwillig ist, kann geleistet werden
a) durch Übernahme einer Arbeitsleistung, welche die Freimachung einer Militärperson ermöglicht, d. h. bei militärischen Behörden und bei Truppenteilen,
b) durch Übernahme einer Arbeitsleistung in der Kriegswirtschaft oder Vorkernährung.
Weibliche Personen sind an sich nicht hilfsdienstpflichtig, ihre Mitarbeit im Hilfsdienst sehr erwünscht.
Nähere Auskunft erteilt die Meldestelle in den obengenannten Sprechstunden.
Calw, den 28. Februar 1917.
Stadtschultheißenamt: A. W. Dreiß.

Gustav-Adolf-Frauenverein
Freitag, 2. März, nachmittags 1/3 Uhr.
Kaufe ständig Fleisch
von gefallenem Vieh jeder Art, zu Fischfutterzwecken
A. Gropp, Rohrdorf Nagold, Telefon 60.

Stadtschultheißenamt Calw.
Eier=Verkauf.

Am Freitag, den 2. März 1917, nachmittags 4 bis 5 Uhr,
werden auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8

auf Lebensmittelmarke Nr. 35
Buchstaben A bis K
je 2 Stück Frisch=Eier
das Stück zu 20 Pfg.

Die ganzen Lebensmittelkarten einschließlich des mit dem Namen
des Haushaltungsvorstands versehen. Ausweisabschnitts sind vorzuweisen.
Gegen einzelne abgetrennte Marken werden keine Eier abgegeben.
Geflügelhälften sind ausgeschlossen. Die Eier wurden durch den
Landwirtschaftlichen Hausfrauenverein gesammelt.
Calw, den 1. März 1917.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß

**Allgemeine Orts-
(Bezirks-)Krankenkasse Calw.**

Der Kassenausschuß hat auf Grund Reichsges. v. 4. Aug. 1914
betr. Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen (R.G.B. S. 937)
beschlossen, die in § 55 der Kassensatzung verzeichneten

Versicherungs=Beiträge

ab 1. Januar 1917 von 3,80
Hundertstel auf 4,50 Hundertstel des
in § 26 gen. Gehalt aufgeführt

Grundlohnes festsufsetzen

und zwar:

die Wochenbeiträge für sämtl. Versicherungspflichtige
mit Ausnahme der unfähig Beschäftigten

für die I. Stufe	auf 0,27 Mark,
" " II. "	" 0,39 "
" " III. "	" 0,54 "
" " IV. "	" 0,66 "
" " V. "	" 0,81 "
" " VI. "	" 1,08 "
" " VII. "	" 1,35 "
" " Lehrlinge aller Art ohne Entgelt	" 0,21 "

die Wochenbeiträge für die unfähig Beschäftigten
wurden gleichzeitig auf 4,50 Hundertstel des Ortslohnes festgesetzt. Sie
betragen für

	männliche Versicherte	weibliche Versicherte
unter 16 Jahren	0,30 Mk.	0,24 Mk.
vom 16 bis 21 Jahren	0,52 Mk.	0,34 Mk.
über 21 Jahren	0,56 Mk.	0,38 Mk.

Die Beiträge der 1. und 2. Einzugsperiode mit zusammen 7
Wochen (die 1. Einzugs-Periode umfaßt heuer ausnahmsweise 3 Wochen
und zwar die Zeit vom 1. bis 21. Januar 1917) kommen in den näch-
sten Tagen zum Einzug, worauf wir besonders aufmerksam machen.
Künftig werden die Beiträge wieder vierteljährlich eingezogen.

Calw, den 27. Februar 1917.

Vorsitzender:
Blant.

Verwalter:
Prof.

**Das Krümmwerden der Schweine
verhindert Krampfmulsion.**
Stets frisch vorrätig. Neue Apotheke.

12 schöne
Läufer=Schweine
verkauft

Louis Bonnet, Käseerei, Merklingen bei Weildorfstadt.

Calw, den 28. Februar 1917.

Todes=Anzeige.

Teilnehmenden Freunden und Bekannten die
schmerzliche Nachricht, daß meine liebe
Frau, unsere treubeforgte Mutter



Luise Schramm

geb. Klein

nach schwerer Krankheit sanft ent-
schlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Georg Schramm, Schaffner, mit seinen zwei
Söhnen Karl und Heinrich.

Beerdigung am Freitag nachmittag 2 Uhr.

Georgenäum Calw.

Samstag, den 3. März, abends 8 Uhr, findet im Georgenäum

ein Vortrag

von Herrn Dr. S. Paußmann-Strasbourg (alt über

**„Die gegenwärtige Wirtschaftslage
Deutschlands“.**

Zu diesem zeitgemäßen Vortrag des geschätzten Herrn Redners,
der hier im Georgenäum schon wiederholt gesprochen hat, wird hienit
jedermann freundlichst eingeladen.

Calw, den 28. Februar 1917.

Dr. Knodel,
Vorf. d. Georgenäumrats.

Ankauf

von

getragen. Kleidungsstücken u. Schuhen

nächsten Freitag, nachmittags von 2 bis 4 Uhr
in der Oberamtspflege.

Da bis jetzt nur wenige Kleidungsstücke abgegeben worden sind,
wird wiederholt darauf hingewiesen, daß der Zweck des Ankaufs

**„Beschaffung von billigen Kleidungsstücken für die
minder bemittelte Bevölkerung“**

nur mit Unterstützung der wohlhabenderen Kreise des Bezirks
durch Abgabe aller entbehrlichen Kleidungs- und
Wäschestücke und besonders von Schuhwaren
erreicht werden kann.

**Bitte! Zur Ausstattung bedürftiger
Konfirmanden unserer Gemeinde**

erlauben wir uns auch heuer bei der ungewöhnlichen Preissteigerung
für alle Lebensbedürfnisse herzlich und angelegentlich

um gütige Beiträge

zu bitten.

Calw, den 1. März 1917.

Margarete Zeller.
Elisabeth Schmid.

Tee 1.50 Benno Pillen 1.-

sind ein vielbewährtes, unschädliches Mittel bei

**Blutandrang, Kopfschmerz.
Verstopfung, Hämorrhoiden, Fettleibigkeit.**

Nur echt mit dem Bild des heiligen Benno.
Zu haben in allen Apotheken.

J. Köllz

Kabinet für Zahn-
behandlung u. Zahnersatz
Reinigen, Plombieren, schmerz-
loses Entfernen, Einsetzen
:- künstlicher Zähne. :-
Calw, Marktplatz 69.
Empfangsstunden Werktags
von 9-12 und 2-5 Uhr.

Lauf=Mädchen

sucht. Wer, sagt die Geschäftsstelle
ds. Bl.

Solides Mädchen

zum servieren gesucht.

Näheres

Untere Marktstraße 74.

Junger Mann

findet bis 1. Mai in einer Möbel-
schreinerei gute Lehrstelle.

Zu erfragen bei

Berner, Zugführer a. D.

Einfach möbliertes

Zimmer

sofort zu mieten gesucht. Von
wem, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Gemüse-u. Blumen-

Samen

sind eingetroffen

Spar- und Consumverein.

Verkaufe

am Samstag, den 3. März,
nachmittags 1 Uhr,

1 hochträgliche Einspänner-



Schimmelstute,
13jährig, schwer. Schlags,
ist versichert mit Lebensversicherung, und

einen älteren

Fuchswallachen

leichteren Schlags, sowie

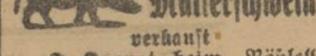
ein Paar angewöhnte



Stiere
Ulrich Holzäpfel, Ottenbrunn.

Stammheim.

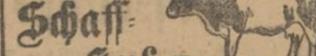
Ein zum 2. mal 12 Wochen
trächtiges



Mutterschwein
verkauft
J. Knodat, beim „Röjle“.

Eplndlershof.

Eine mit dem 3. Kalb 20 Wo-
chen trächtige



**Schaff-
Kuh**

steht dem Verkauf aus
Friedrich Durlhardt.